

Arnd Küppers

Sozialethik in postdemokratischen Zeiten **Bericht über das 13. Berliner Werkstattgespräch** **der Sozialethiker(innen) 2012**

Lebhaft ging es zu auf dem Berliner Werkstattgespräch 2012, das gemeinsam von der Arbeitsgemeinschaft Christliche Sozialethik und der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle veranstaltet wurde. Grund war das diesjährige Thema: »Postdemokratie«. In seinem gleichnamigen Essay von 2004 schiebt der britische Politikwissenschaftler Colin Crouch den alten akademischen Grundsatz »sine ira et studio« beiseite. Engagiert und ohne größeren theoretischen Begründungsaufwand entfaltet er seine These von dem Selbsttauhöhlungsprozess der westlichen Demokratien: Die Fassade steht noch, aber innen ist es rott und morsch geworden. Es werden noch Wahlen abgehalten, auch solche, bei denen Regierungen aus dem Amt gewählt werden. Aber das alles ist nach Crouchs Intuition weitgehend zu Polittheater verkommen, das von PR-Profis gesteuert wird. Die Bürger sind in diesem Schauspiel schweigende, ja apathische Statisten, die auf medialen Zuruf die Entscheidungen der eigentlich herrschenden Elite in formal-demokratischen Prozessen exekutieren. Diese Elite vertritt nach Crouchs fester Überzeugung vor allem die Interessen des global agierenden Kapitals, das kein Vaterland kennt. So wird die staatsbürgerliche Tugend des Citoyen zunehmend von der ökonomischen Rationalität des Bourgeois verdrängt. Crouch ist zwar nicht der Meinung, dass wir bereits in der vollendeten Postdemokratie leben, aber er ist sich gewiss, dass wir uns dem postdemokratischen Zustand immer mehr annähern. Sehr pointiert, aber zutreffend hat Claus Offe Crouchs Hauptgedanken zusammengefasst: »Wir sind immer (markt)liberaler geworden und deshalb, so seine These, immer weniger demokratisch.«¹

Nachdem *Matthias Möhring-Hesse* (Tübingen) in das Thema eingeführt hatte, widmete sich das erste Panel der Frage nach Begriff und

1 Offe, Claus (2008): Wie der Markt die Politik vergiftet. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 22.09.2008, 37.

Idee der Demokratie in der christlichen Sozialethik. Hier sorgte bereits das Referat von *Markus Krienke* (Lugano) für lebhaftere Diskussionen. Krienke nämlich widersprach in seinen »Reflexionen über Demokratie aus der liberalkatholischen Tradition«, in denen er sich vor allem auf Antonio Rosmini bezog, zentralen Behauptungen von Crouch. Nicht die soziale Demokratie im Sinne Crouchs, sondern die liberale Demokratie im Sinne etwa Friedrich August von Hayeks war sein Bezugspunkt. Naturgemäß wird von einer solchen Perspektive aus das Verhältnis von ökonomischer und politischer Rationalität anders beurteilt, als dies bei Crouch geschieht. Keine direkte Auseinandersetzung mit Crouch, sondern einen dezidiert eigenen Zugang zu dem Thema suchte auch *Daniel Bogner* (Münster), der der Frage nachging, ob die christliche Sozialethik das Politische neu denken müsse. In seinem Referat bezog er sich auf verschiedene Vertreter der poststrukturalistischen politischen Theorie, die auch unter dem Sammelbegriff der »radikalen Demokraten« subsumiert werden: neben anderen Claude Lefort, Chantal Mouffe, Ernesto Laclau, Cornelius Castoriadis. Sie alle diagnostizieren, in diesem Punkt Crouch ähnlich, Gefährdungen der Demokratie, die in den Stichworten Überrechtlichung, Expertokratie, Ökonomisierung, mediale Selbstreferenzialität zusammenzufassen sind. Gegenüber diesen Tendenzen verteidigen sie das originär Politische und treten ein für die fortschreitende Demokratisierung als »unendliche« Aufgabe.

In dem Panel »Wirtschaft und Politik« wandte sich zunächst *Edeltraud Koller* (Linz) Crouchs zentraler These von einer Kapitulation der Politik gegenüber der Wirtschaft zu und teilte dessen Wahrnehmung postdemokratischer Tendenzen im Verhältnis von Wirtschaft und Politik. Das politische Denken und Handeln sei in den letzten zwei Jahrzehnten zunehmend von der ökonomischen Rationalität im Sinne des Neoliberalismus überformt worden. Augenfällig werde das in einem starken politischen Einfluss der Wirtschaftslobby, einem weitgehenden Primat der Wirtschaftspolitik gegenüber anderen Politikbereichen und einer wachsenden Ungleichverteilung von Einkommen und Reichtum. Koller plädierte angesichts dieser Diagnose für eine schonungslose Ideologiekritik des Neoliberalismus und für eine Wiedergewinnung des Primats der Politik über die Wirtschaft. *Eike Bohlken* (Hannover) knüpfte an Crouchs Elite-Begriff an und fragte in seinem Vortrag nach den Gemeinwohlpflichten transnationaler Eliten. Da manche lokalen Probleme, vor allem aber die großen Menschheitsprobleme, nur in globaler

Zusammenarbeit gelöst werden könnten, ein Weltstaat aber in weiter Ferne liege, sei das »Weltgemeinwesen« gefordert, in dem nicht mehr ohne weiteres von einem Primat der Politik gesprochen werden könne und die Grenze zwischen politischen und wirtschaftlichen Akteuren verschwimme (*governance without government*). Um damit einhergehenden etwaigen postdemokratischen Tendenzen entgegenzuwirken, wird immer wieder eine Demokratisierung wirtschaftlicher Strukturen gefordert. Mit der bereits in den 1920er Jahren formulierten Idee der Wirtschaftsdemokratie setzte sich *Johannes Frühbauer* (Luzern) in seinem Beitrag auseinander. Vor allem seit der internationalen Finanzmarktkrise ist diese Idee wieder Anknüpfungspunkt für jene, die einen grundlegenden Systemwechsel fordern. Frühbauers Sympathie für eine Stärkung demokratischer und partizipativer Elemente in betrieblichen und überbetrieblichen Kontexten war unüberhörbar, allerdings formulierte er auch viele Anfragen und Problemanzeigen, die letztlich seine Skepsis gegenüber dem Konzept erkennen ließen.

In dem Panel »Internationale Governance ohne demokratische Kontrolle« unternahm *Ingeborg Gabriel* (Wien) angesichts der These von einer Erosion der Demokratie zunächst den Versuch einer sozialetischen Problemanzeige. Ausgangspunkt ihrer Überlegungen war das Paradoxon, dass die Wahrnehmung einer inneren Selbstzersetzung der real existierenden Demokratien einem historischen Siegeszug der Idee der Demokratie gegenüberstehe. Der Erosionsprozess der Demokratie im Sinne Crouchs ist aber auch nach ihrer Einschätzung nicht zu leugnen. Für den mit dem Machtverlust der Nationalstaaten einhergehenden Bedeutungsverlust des Politischen erkennt sie als Ursachen vor allem »die Globalisierung von Problemlagen, die Globalisierung sowie Dominanz der globalen Großwirtschaft sowie der neoliberalistischen Ideologie.« Wegen einer mangelnden Thematisierung von Macht- und Interessenfragen sowie einer fehlenden Rückbindung an demokratische Strukturen erteilte Gabriel dem Konzept der Global Governance allerdings eine sozialetische Absage. Trotz aller Umsetzungsschwierigkeiten empfahl sie politischer Theorie und Praxis vielmehr das Festhalten an dem idealen Ziel einer demokratischen Weltrepublik. Auch die katholische Kirche als größte internationale Organisation sollte sich stärker für dieses Ziel engagieren.

Auch *Michael Reder* (München) begann seine »Überlegungen zur kommenden kosmopolitischen Demokratie« mit einer Problemanzeige. Er

setzte aber nicht bei Crouchs Rede von einem inneren Erosionsprozess der Demokratie an, sondern bei der Beobachtung sozialer Wandlungsprozesse, die die Strukturen der Öffentlichkeit und die politischen Institutionen verändern. In diesem Zusammenhang nannte er drei Punkte: Erstens den Wandel des Souveränitätsverständnisses, bei dem sich im Inneren der Staaten netzwerkartige Formen politischer Steuerung entwickeln und die Staaten nach außen hin rechenschaftspflichtig werden. Zweitens eine Suche nach neuen Formen der Partizipation in globalen Prozessen (Stuttgart 21, Occupy). Drittens die Vervielfältigung globaler Öffentlichkeiten, die Philosophie und Sozialethik vor die Frage stelle: Gibt es globalen öffentlichen Vernunftgebrauch, d. h. gibt es eine gemeinsame Vernunft innerhalb dieser Öffentlichkeiten? Gegenwärtig, so Reders Analyse, dominiere das kantische bzw. diskursethische Paradigma die Diskussion über globale Demokratie, was sich beispielhaft an dem Konzept einer Weltinnenpolitik ablesen lasse. Hierbei sieht er jedoch das Problem, dass die faktische Pluralität gesellschaftlicher Praktiken an die Einheit der kommunikativen Vernunft zurückgebunden werden soll, ohne dass Habermas oder seine Gefolgsleute zeigen könnten, wie eine solche Einheit noch gedacht werden kann. Im Gespräch mit Hegel, Derrida und Chantal Mouffe skizzierte Reder eine postdemokratische Dekonstruktion dieser Tradition. Dem Konzept der deliberativen Demokratie stellte er im Anschluss an Mouffe die Idee einer agonistisch (nicht antagonistisch!) orientierten Demokratie entgegen, die die Pluralität der Meinungen und die heterogenen Eigenlogiken der Akteure akzeptiert und das Zusammenleben organisieren möchte, ohne eine künstliche Einheit zu rekonstruieren.

In dem Panel »Populistische Politik mit kollektiven Vorurteilen« nahm *Wolfgang Palaver* (Innsbruck) eine differenzierte Position ein. Ausgehend von dem Phänomen eines vor allem nach dem 11. September 2001 in vielen europäischen Ländern auf Resonanz stoßenden islamophoben Rechtspopulismus analysierte er die populistische Jagd auf Sündenböcke als ein tieferliegendes, grundsätzliches Problem demokratischer Volksherrschaft. Ethnische Säuberungen hätten nicht zufällig den Aufstieg der Demokratie begleitet. Andererseits sei eine generelle Ablehnung jedes populistischen Elements in der Demokratie mit der allmählichen Abschaffung der Demokratie selbst gleichzusetzen. *Demos* und *populus* könnten letztlich nicht gegeneinander ausgespielt werden. Der Grad zwischen gerechter Empörung, auf die auch Crouch setzt, und hasserfühltem

Ressentiment ist jedoch schmal. Palaver verpflichtet deshalb auch die gerechte Empörung wie alle demokratischen Handlungsvollzüge auf das Minimalprinzip der Gewaltfreiheit und auch auf die anspruchsvollere republikanische Tugend der Geschwisterlichkeit (*fraternité*). Sein Thema »Umgang mit Differenz(ierungen) – Gesellschaft und Kirche vor der Herausforderung kollektiver Vorurteile« reflektierte *Andreas Fisch* (Dortmund) vor allem an dem Beispiel islamophober Tendenzen in der Gesellschaft, für die er eine Fülle von Beispielen aus dem Alltag anführen konnte. Entstanden Vorurteile früher meist aufgrund von Informationsmangel, so seien sie heute eher in einer selektierten Informationsflut begründet, so eine seiner Thesen. Auch die Kirche habe die Aufgabe, diesen Tendenzen entgegenzuwirken.

In dem Panel Zivilgesellschaft widmeten sich *Hermann-Josef Große Kracht* (Darmstadt) und *Bernhard Laux* (Regensburg) den Themen »Postdemokratie und soziale Leistungen« sowie »Postdemokratie und öffentlicher Diskurs«. Große Kracht teilte dabei weitgehend Crouchs scharfe Kritik an der in Deutschland und anderen hochentwickelten Ländern in den letzten Jahren betriebenen Reformpolitik mit Deregulierungen etwa im Bereich des Arbeitsrechts, einer Neuordnung staatlicher Sozialleistungen und einer Privatisierung von ehemals durch die öffentlichen Gebietskörperschaften wahrgenommenen Aufgaben im Bereich der Daseinsvorsorge. Laux übte eingangs seines Referates hingegen zunächst einmal Kritik an der dürftigen wissenschaftlichen Fundierung von Crouchs Thesen. Es fehle ein Fundament aus theorieorientierter Gesellschaftsanalyse und fundierter normativer Kriteriologie. Eine zu den Kernmomenten jeder modernen Demokratietheorie gehörende Theorie diskursiver Öffentlichkeit und ein elaborierter Begriff von Zivilgesellschaft fänden sich allenfalls in Ansätzen. Weil Laux aber die Stoßrichtung von Crouchs Überlegungen teilt, schloss er in seinem Vortrag diese Lücken und fand in seinen Analysen durchaus Anhaltspunkte für die Postdemokratie-Diagnose. Beispielsweise könne die extensive Nutzung von Mitteln der Demoskopie und der PR zwischen Politik und Privatsphäre zu einem Austrocknen der Öffentlichkeit und ihrer Diskursivität führen.

Laux Beitrag leitete inhaltlich bereits zu dem letzten Panel der Tagung über, das sich dem Thema der Politischen Kommunikation widmete. In seinem sehr grundsätzlich in die Diskussion einführenden Referat übte der Kommunikationswissenschaftler *Patrick Donges* (Greifswald)

insofern Kritik an Crouchs Konzept der Postdemokratie, als hier die gegenwärtige politische Kommunikation als »Inszenierung« apostrophiert werde. Das sei irreführend. Wer über Inszenierung spreche, müsse sagen können, was das Authentische sei und was eine inszenierte gegenüber einer »normalen« Selbstdarstellung politischer Akteure ausmache. Aus nüchterner kommunikationswissenschaftlicher Perspektive ließen sich bezüglich des Verhältnisses von neuen Medien, insbesondere Internet und Politik, drei paradigmatische Thesen unterscheiden. Die bereits in den 1990er Jahren vertretene Erosionsthese geht davon aus, dass das Internet zu einer De-Institutionalisierung des politischen Kommunikationsprozesses führe, da direkte Formen des Austauschs zwischen Regierenden und Regierten die klassischen intermediären Organisationen überflüssig machten. Die Ausgleichsthese wiederum sieht durch das Internet kommunikative Vorteile im politischen Prozess für nicht-etablierte, periphere und ressourcenschwache Akteure, wie sie sich in sozialen Protestbewegungen artikulieren. Die neuen Medien gäben ihnen die Möglichkeit, die hegemoniale Stellung der etablierten, zentrumsnahen, ressourcenstarken Akteure zu durchbrechen. Die Normalisierungsthese schließlich hält den Wettbewerbsvorteil, den die Ausgleichsthese für periphere politische Akteure sieht, für ein vorübergehendes Phänomen. Mit der zunehmenden Aneignung der neuen Kommunikationsformen durch die Etablierten werde auch die alte hegemoniale Kommunikationsstruktur wiederhergestellt; es bleibe letztlich beim »politics as usual«. Welche These richtig sei, kann man nach Donges' Einschätzung heute noch nicht vorhersagen. Es dürfe nicht vergessen werden, dass wir gegenwärtig die Phase der Institutionalisierung des Internets miterleben. Der derzeitige kommunikationswissenschaftliche Forschungs- und Diskussionsstand neige allerdings zur Normalisierungsthese.

Gegenüber dieser wenig spektakulären Zukunftsperspektive betonte *Alexander Filipovic* (Münster) zunächst einmal den revolutionären Charakter der Veränderungen, die die Kommunikation durch die neuen Medien erfahre. Diese prägen seiner Ansicht nach den menschlichen Habitus, ja die personale Struktur der mit diesen Medien Heranwachsenden derart tiefgreifend und umfassend, dass kein persönlicher und gesellschaftlicher Lebensbereich davon unberührt bleibe. Das Internet sei kein Medium neben anderen, sondern Lebensraum und Lebensgefühl. Anders als Donges hofft er auf das Internet als Mittel gegen die Übel der Postdemokratie: »Die Anarchie der Shitstorms, von WikiLeaks, des

Treibens von Anonymous, der Post-Privacy-Bewegung, der Revolution in arabischen Ländern usw. repräsentiert bei aller Problematik der Mittel ein Ethos der Herrschaftsfreiheit, der Selbstorganisation, der Gemeinschaft, der Partizipation und Zugehörigkeit.«

Abgerundet wurde die Fachtagung durch eine öffentliche Podiumsdiskussion, die gemeinsam mit der Katholischen Akademie Berlin veranstaltet wurde und sich der Frage widmete, ob die heute allgegenwärtigen Ethikkommissionen ein postdemokratisches Phänomen seien. Gäste auf dem Podium waren *Kathrin Braun* (Hannover), *Gary S. Schaal* (Hamburg) und *Dietmar Mieth* (Tübingen). Bloße politische Inszenierung oder einen Versuch, demokratische Entscheidungsprozesse zu ersetzen, wollte keiner der Diskutanten in diesen Kommissionen erkennen. Allerdings erfüllten diese natürlich einen politischen Zweck und seien auch politisch besetzt. Wie sollte es in einer Demokratie, ganz ohne vorangestelltes »Post«, aber auch anders sein?

Gleichsam als Supervisoren der Tagung katholischer Sozialethiker waren eingeladen der Moraltheologe *Andreas Lob-Hüdepohl* (Berlin), der evangelische Theologe und Ethiker *Christian Polke* (Hamburg) und der Politikwissenschaftler *Antonius Liedhegener* (Luzern). In ihren Resümees waren sie sich einig, dass das Postdemokratie-Paradigma eine wichtige sozialetische Problemanzeige darstellt. Mehr oder weniger Zweifel jedoch äußerten die drei Wissenschaftler in ihren Statements, ob Crouchs Theorie zu einer wirklich umfassenden Analyse der gegenwärtigen Verfassung und Entwicklung westlicher Demokratien geeignet sei.

Das 14. Werkstattgespräch Sozialethik wird vom 25. bis 27. Februar 2013 in der Katholischen Akademie Berlin zum Thema »Friedensethik« stattfinden.

Über den Autor

Arnd Küppers, Dr. theol., Wissenschaftlicher Referent und Stellvertretender Direktor der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle in Mönchengladbach.

